

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.**

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Dr. Eberhard Brecht, Susanne Kastner, Iris Follak, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/4048, 13/5087 –

Entwicklung des Fremdenverkehrs in den neuen Bundesländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Tourismuswirtschaft hat sich in den neuen Bundesländern als erfolgreiche Wachstumsbranche erwiesen, die selbst in der Phase der Konjunkturverlangsamung weiterhin erhebliche Zuwachsraten erzielt. Diese Entwicklung trifft erfreulicherweise auch für strukturschwache Regionen zu. Von 1992 bis 1995 stieg die Zahl der Gästeübernachtungen in den neuen Bundesländern um 52 %, während sie in den alten Bundesländern im gleichen Zeitraum um ca. 3 % zurückging. 1993 hingen in den neuen Bundesländern bereits etwa 340 000 Arbeitsplätze von der touristischen Nachfrage ab.

Ein Vergleich West/Ost zeigt, daß das touristische Potential in den neuen Bundesländern noch keineswegs ausgeschöpft ist. Darauf weist insbesondere die Fremdenverkehrsintensität hin: Auf 1 000 Einwohner in den alten Ländern kamen 1995 jährlich 3 923 Übernachtungen, in den neuen Ländern 2 761.

Die von der Bundesregierung nach der deutschen Einigung aufgestellten Rahmenbedingungen haben sich als richtig erwiesen. Sie ermöglichten weitgehend eine zügige Privatisierung sowie die Schaffung wichtiger Infrastrukturen als Voraussetzung zum Aufbau eines flächendeckenden und erfolgreichen Gastgewerbes. Auch die Kurorte und Heilbäder haben hiervon sichtbar profitiert.

Die staatlichen Förderprogramme wurden rege in Anspruch genommen und aufgrund vielfältiger Beratungs- und Schulungsangebote der Industrie- und Handelskammern, der Verbände und des Deutschen Seminars für Fremdenverkehr insbesondere von Existenzgründern aus den neuen Bundesländern genutzt. Die Förderung des touristischen Aufbau Ost durch die Bundesregierung verdient Anerkennung. Im Rah-

men der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) wurden von 1991 bis Ende März 1996 Zuschüsse für Investitionen des privaten Gastgewerbes in Höhe von ca. 1,86 Mrd. DM bewilligt und damit Investitionen in Höhe von insgesamt 10,2 Mrd. DM bezuschußt, womit rund 29 800 Dauerarbeitsplätze gesichert bzw. geschaffen wurden. Darüber hinaus wurden im gleichen Zeitraum touristische Infrastrukturmaßnahmen mit GA-Investitionszuschüssen in Höhe von insgesamt 2,42 Mrd. DM gefördert.

Mittels ERP-Kreditprogrammen wurden von 1990 bis 1995 rund 23 000 Kreditzusagen mit einem Kreditvolumen von ca. 4,75 Mrd. DM für Tourismusförderung bewilligt. Von 1992 bis 1995 wurden durch die Deutsche Ausgleichsbank im Rahmen des ERP-Existenzgründungsprogramms 8 252 Vorhaben mit ca. 2,1 Mrd. DM gefördert. Im Rahmen des Eigenkapitalhilfe-Programms, das ebenfalls ein wichtiges Förderinstrument für Existenzgründungen und -festigungen im Bereich des Gaststätten- und Beherbergungswesens ist, wurden durch die Deutsche Ausgleichsbank von 1990 bis 1995 12 428 Fremdenverkehrsunternehmen mit Bewilligungen in Höhe von ca. 1,85 Mrd. DM gefördert. Bei Bürgschaften bzw. Rückbürgschaften sind im Gastgewerbe von 1991 bis 1995 in 1 226 Fällen Bürgschaften in Höhe von 422,4 Mio. DM mit einem Kreditvolumen von 541,4 Mio. DM vergeben worden.

Das Zusammenwirken von Bund und Ländern hat eine flexible Ausgestaltung der Fördermaßnahmen ermöglicht. Eine Fortsetzung der Fördermaßnahmen zugunsten der neuen Bundesländer über 1998 hinaus ist unabdingbar, um die jetzt aufgebaute Grundstruktur der Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern zu konsolidieren.

Das vergleichsweise positive Erscheinungsbild der Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch nicht alle gesteckten Ziele erreicht werden konnten und in vielen Einzelbereichen weiterhin ein beträchtlicher Aufholbedarf gegenüber den alten Bundesländern besteht. Die Auslastung der Beherbergungsbetriebe ist schlecht: Sie lag 1995 bei 33,7 % und ist damit im Vergleich zu den Vorjahren erneut gesunken. Es fehlt hoch immer an genügend Angeboten und Anreizen, welche die Gäste veranlassen, die Urlaubs- und Aufenthaltsdauer in den neuen Bundesländern zu verlängern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Förderung der Tourismuswirtschaft in den neuen Bundesländern auch über das Haushaltsjahr 1998 hinaus im Interesse des Auf- und Ausbaus der Tourismuswirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen fortzusetzen und dabei den Abbau regionaler Disparitäten anzustreben,
- darauf hinzuwirken, daß Kammern, Banken und für die Wirtschaft zuständige Behörden über alle Möglichkeiten

zur Förderung von Existenzgründungen sowie zur Unterstützung vorhandener Betriebe in den neuen Bundesländern intensiver aufklären. In Liquiditätsprobleme geratene Betriebe, die über ein tragfähiges unternehmerisches Konzept verfügen, sollen mit dem vorhandenen Instrumentarium rasch und unbürokratisch unterstützt werden;

- sich dafür einzusetzen, daß GA-Mittel vorrangig zur Stärkung der touristischen Infrastruktur verwandt werden und äußerste Zurückhaltung bei der Förderung und Errichtung neuer Beherbergungskapazitäten geübt wird. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß in einzelnen Regionen allerdings noch ein gewisser Nachholbedarf besteht;
- den raschen Aufbau des flächendeckenden Informations- und Reservierungssystems durch die Deutschland Informations- und Reservierungs Gesellschaft (DIRG) in Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der DIRG und durch weitere finanzielle Unterstützung im vorgesehenen Rahmen zu betreiben,
- dafür Sorge zu tragen, daß in den Wirtschaftsplänen der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) verstärkt gezielte Programme zugunsten der neuen Bundesländer vorgesehen werden,
- darauf hinzuwirken, daß die DZT Angebote von Kurorten und Heilbädern für Selbstzahler in ihre Vermarktungsaktivitäten aufnimmt,
- darauf hinzuwirken, daß Ziele in den neuen Bundesländern in der von der Deutschland Tourismus Marketing GmbH (DTM) durchzuführenden Werbekampagne für Deutschland als Reise- und Urlaubsland eine besondere Berücksichtigung finden,
- sich dafür einzusetzen, daß sich die Landesfremdenverkehrsverbände, Städte und Gemeinden sowie die deutsche Wirtschaft an Projekten der DTM beteiligen, die dem Fremdenverkehr in den neuen Bundesländern dienen,
- die Privatisierung touristischer Objekte durch die Nachfolgeorganisationen der Treuhand unverzüglich zum Abschluß zu bringen, um insbesondere einen weiteren Verfall der Bausubstanz und Beeinträchtigungen der Ortsbilder zu verhindern. Die Preisvorstellungen sollen sich stärker als bisher realistisch an dem tatsächlich zu erzielenden Kaufpreis orientieren,
- darauf hinzuwirken, daß die neuen Bundesländer die Chance der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover durch das Angebot dezentraler Projekte nutzen,
- bei Entscheidungen im Bereich der Umwelt-, Verkehrs- und Raumordnungspolitik auf die Belange der Tourismuswirtschaft zu achten,

- den besonderen Erfordernissen der neuen Bundesländer weiterhin in allen verfügbaren staatlichen und politischen Gremien in besonderem Maße Rechnung zu tragen,
- den weiteren forcierten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern – insbesondere im Bereich des Schienen- und Straßenausbaus – zu betreiben und darauf hinzuwirken, daß Behinderungen durch Baustellen mittels einer besseren Koordinierung von Bauvorhaben auf ein Minimum reduziert werden,
- die Unterstützung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen intensiv fortzusetzen,
- die Schaffung der neuen Berufsbilder im Freizeit- und Tourismusbereich verstärkt voranzutreiben.

Bonn, den 10. Januar 1997

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion